

**Der Reichswohnungskommissar über die  
Wohnungsfragen.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b. Frankfurt, 15. September.

Gestern fand hier eine vom Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswezens einberufene Mitgliederversammlung in der Frankfurter Universitätsstadt statt, der auch der Reichswohnungskommissar, Unterstaatssekretär Dr. Coels v. d. Brüggen beiwohnte. Coels betonte in seiner Rede, daß das von ihm vertretene Staatskommissariat für Wohnungswezen die gleichen Ziele verfolge wie die heutige Versammlung. Die vorherrschende oder drohende Wohnungsnot suche die Regierung zu beseitigen, nicht in ungesunder Ueberstürzung, sondern in einem soliden und wohl überlegten Tempo. Reich und Staat, Gemeinde und Private sollten alle ihre Kräfte gemeinschaftlich in den Dienst dieser so wichtigen Sache stellen. Die Frage der Bauzuschüsse stehe voro ihrer baldigen Lösung. Im Prinzip sei sie ja von den Regierungen bejaht. Ueber die Höhe sei aber noch kein Beschluß gefaßt worden. Möglich, daß ein Betrag von 500 Millionen Mark für das Wohnungswezen bereitgestellt werde. Der Reichstag habe aber noch darüber zu entscheiden. Bedingung für die Gewährung der Zuschüsse sei natürlich, daß das Reich, Staat und Gemeinden darin zu einem noch zu bestimmenden Prozentsatz sich teilen. Preußen stimme für je  $\frac{1}{2}$ . Etliche Bundesstaaten und der Städtetag sünden das aber zu hoch. Die Verhandlungen hierüber seien noch im Gange und schritten gut fort. Baulustige Gemeinden oder Genossenschaften mögen getrost mit ihren Wünschen an ihn herantreten. Schwierigkeiten mache die Wertberechnung. Man müsse aus einem Durchschnitt des bisherigen Wertes, des jetzigen Kriegespreises und des kommenden Konjunkturwertes einen Beharrungswert errechnen und feststellen. Wenn auch wegen der Kriegsverhältnisse im gegenwärtigen Augenblick noch nicht mit dem Bauen begonnen werden könne, so seien doch alle Vorbereitungen dazu getroffen.